



Forderungen des Klimabündnisses Rastatt und Kuppenheim4Futures für den Klimaschutz im Zusammenhang mit der Corona-Krise

- **Allgemeine Forderungen**
- **Forderungen bezogen auf die Region Rastatt**
- **Situationsanalyse**
- **Unser Fazit**

Allgemeine Forderungen

Das Klimabündnis Rastatt und Kuppenheim4Future bestärken im Zusammenhang mit der derzeitigen Corona-Krise ihre Forderungen nach einem wirksamen Klimaschutz und fordern Politik und Wirtschaft zu einem entsprechenden Handeln auf.

- Die Krisenbewältigungsmaßnahmen müssen konsequent an dem Ziel der Pariser Klimakonferenz ausgerichtet werden, die Erwärmung durch den Klimawandel auf 1,5 Grad zu begrenzen. Deshalb darf es auch im Nachgang zu dem aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung insbesondere keine technikoffenen Kaufprämien für hunderttausende Fahrzeuge mit Verbrennermotoren geben. Diese würden noch 10 bis 20 Jahre lang durch einen im Verhältnis zu ihrer Transportleistung völlig unverhältnismäßigen CO₂-Ausstoß die Aufheizung der Atmosphäre befördern.
- Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, muss auch die EU-Politik Deutschlands geändert werden. Insbesondere die südlichen EU-Länder müssen massiv beim nachhaltigen Strukturwandel unterstützt werden, da sich dort aufgrund der geografischen Lage besonders effizient Solar- und Windenergiekapazitäten aufbauen lassen. Um eine klimaneutrale Energieversorgung sicherzustellen, bedarf es einer vernetzten Versorgungsstruktur auf europäischer Ebene.
- Die armen Länder im globalen Süden müssen massiv dabei unterstützt werden, ein Entwicklungsmodell zu verwirklichen, das sich nicht an der „imperialen Lebensweise“¹ mit ihrem überproportionalen Verbrauch von Ressourcen und billigen Arbeitskräften orientiert. Ein Beispiel hierfür ist ein Projekt im Senegal, wo Mangrovenwälder wieder aufgeforstet werden sollen. Hierfür setzt sich das Klimabündnis Rastatt ein.²

¹ Ulrich Brand, Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017

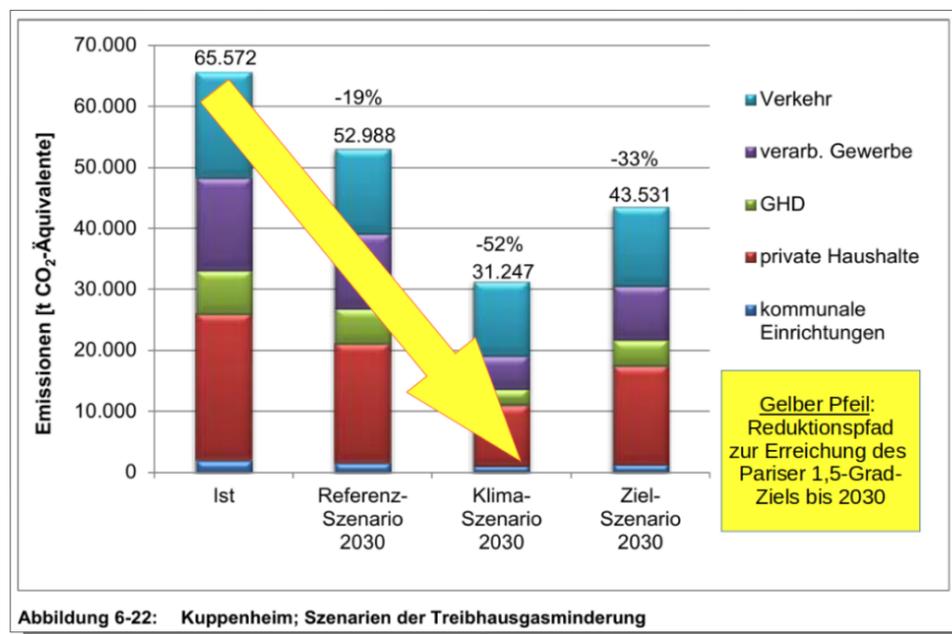
² https://klimabuendnis-rastatt.de/wp-content/uploads/2020/02/Flyer_Klimab%C3%BCndnis.pdf

Forderungen bezogen auf die Region Rastatt

Die Kommunen Mittelbadens sollen Klimaneutralität bis 2030 als Grundlage all ihres politischen Handelns anerkennen. Daraus resultierend müssen überprüfbar pro Jahr 10% Reduktion an Treibhausgasen ab 2020 erreicht werden.

Damit verbunden sind Herausforderungen in allen Bereichen, zum Beispiel im Bereich Energiewende und Verkehrswende. Dennoch: Die Kosten durch Klimaschäden sind – wie unten gezeigt – ungleich höher als die Kosten des Klimaschutzes. Klimaschutz ist auch auf kommunaler Ebene DAS Mittel für den nachhaltigen Umbau des Wirtschaftssystems. So wird zum Beispiel im Klimaschutzkonzept der Stadt Bühl von einem regionalen Wertschöpfungspotential im „dreistelligen Millionenbereich“ bis 2030 ausgegangen.³

Wie weit der Weg ist, um bis 2030 Klimaneutralität zu erzielen, zeigt das unzureichende „Klimaszenario 2030“ der RegioENERGIE mit 10 Mittelbadener Kommunen. Der gelbe Pfeil in der folgenden Grafik verdeutlicht die für das 1,5-Grad-Ziel erforderlichen Anstrengungen am Beispiel Kuppenheims.



(Modifizierte Quelle [gelber Pfeil und Kasten]: [RegioENERGIE Klimaschutzkonzept Regionalkompodium](#))

Als drei Schwerpunkte zur Emissionsreduktion bieten sich (am Beispiel der RegioENERGIE-Kommunen) an:

1. Energiewende bei der Stromversorgung: Sie hat 40% Anteil an der CO₂-Emission.

Der Schwerpunkt sollte neben Einsparung auf Photovoltaik liegen. Werden auch die als "gut" gekennzeichneten Flächen eingerechnet, werden bisher lediglich 28% der Dachflächenpotenziale der Netzwerkkommunen laut RegioENERGIE⁴ für Photovoltaik genutzt. Dies ist unzureichend, dabei gibt es bereits etliche positive Umsetzungsbeispiele, wie die Solarparks und Strom-Communities in Ettlingen. Die „Bürgerenergiegenossenschaft Karlsruhe Ettlingen eG“⁵ betreibt mit Einlagen von rund 910.000 € (rund 200 Mitglieder) knapp 30 Photovoltaik-Anlagen und konnte dieses Jahr bereits zwei neue Anla-

³ <https://www.buehl-klimaschutz.de/documents/107563/115512/>

[Integriertes+Klimaschutzkonzept+der+Stadt+B%C3%BChl.pdf/b2beb4c7-070f-8e15-2349-4d51a9bdd54f](#)

⁴ https://regioenergie-netzwerk.de/wp-content/uploads/2019/08/Klimaschutzkonzept_RegioENERGIE_inter-net.pdf

⁵ <https://www.beg-ettlingen.de/>

gen fertigstellen. Ein weiteres Beispiel ist die Stadtstrom Rastatt Erste Solar-GmbH & Co. KG, die mit einem Gesellschaftskapital von 770000 Euro Strom für ca. 330 Haushalte produziert.⁶

2. Das Heizen macht aufgrund hohen Sanierungsbedarfes von Gebäuden mehr als ein Sechstel des CO₂-Ausstoßes aus.

Entscheidend laut des Monitoring Karlsruher EnergieQuartiere⁷ ist der Energieträgerwechsel im Wärmebereich von fossilen zu regenerativen Energien. Die Austauschrate muss hier mit mindestens 4% pro Jahr angesetzt werden. Generell sollen zukünftig für alle neuen Bebauungspläne und vorhabenbezogenen Bebauungspläne frühzeitig Energieversorgungskonzepte (auch unter Beachtung der E-Mobilität) sowie Nutzungsmöglichkeiten von erneuerbaren Energien erstellt werden, mit denen der Nachweis geführt wird, dass die Klimaneutralität auch tatsächlich erreicht werden kann. Grundsätzlich soll in Planungen die Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtend aufgenommen werden. In die Abläufe des Bebauungsplanverfahrens ist ein Prozessschritt „energetische Konzeption“ zu implementieren, in dem die Planung frühzeitig mit den Klimaschutzerfordernissen abgestimmt wird. Bei Planungswettbewerben soll dem Aspekt Klimaschutz im Städtebau höheres Gewicht als bisher beigemessen werden. Dies wäre bei entsprechenden Ausschreibungen deutlich herauszustellen⁸

3. Mobilität hat mehr als 20% Anteil an CO₂- Emission, wobei davon 95 % auf PKW/LKW-Verkehr entfallen.

Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen, müssen gerade im Verkehrssektor rasch einschneidende Veränderungen erzielt werden. Das baden-württembergische Verkehrsministerium hat für die notwendige Verkehrswende prägnante Eckpunkte formuliert.⁹ So sollen bis 2030 ein Drittel weniger Kfz-Verkehr in den Städten unterwegs sein, jedes dritte Auto klimaneutral (z.B. elektrisch) fahren, der öffentliche Verkehr landesweit verdoppelt werden, jeder zweite Weg selbstaktiv (d.h. mit Rad, Tretroller oder zu Fuß) zurückgelegt werden und jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaneutral transportiert werden. Diese Ziele sind auf kommunaler Ebene ohne eine Umgestaltung der örtlichen Verkehrssysteme nicht erreichbar. In Zukunft gilt es daher, die bisherige verkehrsplanerische Prioritätensetzung zu Gunsten des Autos zu beenden und klimafreundlicher Mobilität den nötigen Raum zur Verfügung zu stellen - und damit die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen. Dazu wird es in den kommenden Jahren erforderlich sein, Verkehrsflächen sowohl für den fließenden als auch den ruhenden Kfz-Verkehr konsequenter zu reduzieren und für Nutzungen des Umweltverbands umzuwidmen.¹⁰

Dem Klima ist es egal, mit welchen Einsparungen wir das Ziel „Klimaneutralität 2030“ erreichen, aber wir müssen es erreichen!

Situationsanalyse

Den Forderungen des Klimabündnisses Rastatt und Kuppenheim4Future liegt folgende Analyse der derzeitigen Situation zugrunde:

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise werden derzeit auf Länder-, Bundes- und Europaebene Hilfsprogramme mit atemberaubenden Eurobeträgen aufgelegt, insgesamt dürften am Ende Kosten in Höhe eines hohen einstelligen Billionenbetrages anfallen. Unabhängig davon, ob die jeweiligen Maßnahmen im Einzelfall sinnvoll sind oder nicht, über die grundsätzliche Notwendigkeit, die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie abzufedern, besteht weitgehender Konsens.

⁶ <https://www.oekostrom-freiburg.de/rastatt>

⁷ <https://www.karlsruher-energiequartiere.de/>

⁸ <https://beteiligung.karlsruhe.de/file/5ea9905b15d450311011efa2/>

⁹ https://vm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/Dateien/Brosch%C3%BCren/Klimaschutzszenario_10-2017_web.pdf

¹⁰ <https://beteiligung.karlsruhe.de/file/5ea9905b15d450311011efa2/>

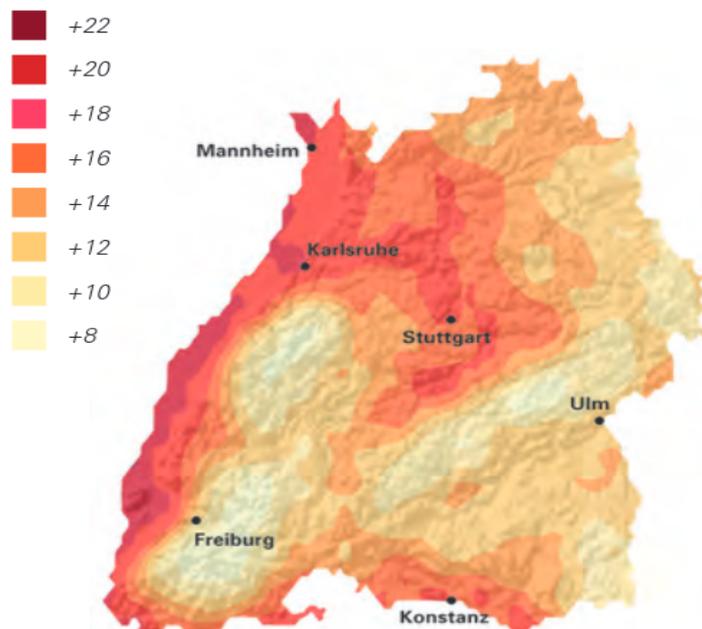
Gleichzeitig nutzen interessierte Lobbygruppen die Krise, um ihnen missliebige klimapolitische Weichenstellungen in ihrem Sinne zu korrigieren. So forderte der CDU-Wirtschaftsrat, die Klimaschutzvorgaben wegen des Konjunkturerinbruchs auf den Prüfstand zu stellen und selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert energisch eine technikkoffene Kaufprämie für Autos, also auch für Verbrenner.¹¹

Bei allem Leid und Schrecken gibt es einige Lehren, die wir aus der Corona-Krise ziehen können, um uns vor der Klimakrise zu schützen. Beide Krisen haben Ähnlichkeiten in Ablauf und Lösung. Deswegen sollten wir schon jetzt – also noch inmitten der Corona-Krise – mitdenken, wie wir die drohende Klimakrise verhindern oder zumindest abmildern können.

„Die Maßstäbe unseres politischen Handelns ergeben sich aus dem, was uns Wissenschaftler und Experten sagen“,¹² so die Begründung der Bundeskanzlerin für den Shutdown. So richtig es ist, wissenschaftlichen Fakten bei politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Corona-Krisenbewältigung einen wichtigen Stellenwert beizumessen, so verwunderlich ist es, dass diese bei politischen Entscheidungen im Hinblick auf die anlaufende globale Klimakatastrophe weitgehend ausgeblendet werden.

Erst im vergangenen Jahr haben weltweit 11.000 Wissenschaftler*innen „klar und unmissverständlich (erklärt), dass die Welt konfrontiert ist mit einem Klimanotstand“ („clearly and unequivocally that planet Earth is facing a climate emergency“)¹³, der unsägliches menschliches Leid hervorrufen werde, wenn sich die Politik nicht grundlegend ändere. Wie viele andere nationale und internationale Appelle von Wissenschaftlern, hatte auch dieser keine erkennbare Resonanz bei den politischen Verantwortlichen. Und das, obwohl die Datengrundlage bezüglich der Klimakrise viel breiter und sicherer ist, als bei der Corona-Krise. Dabei wird verglichen hierzu im Umgang mit der Corona-Pandemie deutlich, wie absurd die klimapolitische Verantwortungslosigkeit ist:

ZAHL DER SOMMERTAGE



Änderung der Anzahl der Sommertage (≥ 25 °C) zwischen 1971-2000 und 2011-2040. Quelle: IMK-TRO/KIT, 2010

Beispiel „Schutz von Menschen, die einer Risikogruppe angehören“: Derzeit wird insbesondere und zu Recht die hohe Sterblichkeit von Menschen über 60 Jahren und mit relevanten Vorerkrankungen

11 <https://www.rnd.de/wirtschaft/umstrittene-auto-kaufprämie-dgb-beharrt-darauf-trotz-expertenkritik-CU-U6OMOHW2GJMXBF6HIWXFS45M.html>

12 Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 16.3.2020

13 <https://academic.oup.com/bioscience/article/70/1/8/5610806>

aufgrund einer Corona-Infektion diskutiert. Um die Gefährdung zu reduzieren werden drastische Maßnahmen bis hin zu Ausgangssperren für Senior*innen ergriffen.

2018 starben allein in Berlin nach Berechnungen des Robert-Koch-Instituts¹⁴ 490 Menschen aufgrund der außergewöhnlichen Sommerhitze, in Hessen waren es 740 Menschen.¹⁵ Dabei waren Menschen mit 74 Jahren und älter bis zu 25-mal mehr gefährdet als der Durchschnitt. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland ergeben sich zusätzliche 12.350 Todesfälle in 2018 durch Hitze allein in Deutschland.¹⁶ Laut der „Zeit“ sterben weltweit jedes Jahr bereits mehr als 300.000 Menschen durch Klimafolgen.¹⁷ ¹⁸ Wegen der Hitzewellen, Stürme und Dürren des Jahres 2018 landete Deutschland hinter Japan und den Philippinen auf Platz drei im weltweiten Klima-Risiko-Index.¹⁹ Auch das Jahr 2019 gehörte zu den vier heißesten Jahren in Baden-Württemberg überhaupt. Das Umweltbundesamt kommt zudem zu dem Ergebnis, dass das Oberrheingebiet aufgrund der zu erwartenden besonders hohen Hitzebelastung sowie der stark steigenden Starkregen- und Hochwassergefahr im deutschlandweiten Vergleich sogar zu den (durch den Klimawandel) am stärksten gefährdeten Regionen zählt.²⁰

Einer amerikanischen Studie zufolge haben derzeit rund 30 Prozent der Weltbevölkerung an mindestens 20 Tagen im Jahr mit Klimabedingungen zu kämpfen, die insbesondere für Menschen ab 65 Jahren zu einer erhöhten Sterblichkeit führen; zum Ende des Jahrhunderts werden es bei ungebremstem Klimawandel jedoch schon 74 Prozent sein.²¹ Im Fachblatt „Science Advances“ schreiben die Autoren der Studie, dass allein in der Stadt New York etwa 2700 solcher Hitzetoten pro Hitzewelle vermieden werden könnten, sollte der Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde von drei auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden.²²

Anfang Mai²³ berichteten Wissenschaftler um Marten Scheffer von der Wageningen University (Niederlande) in den *Proceedings* der US-Nationalen Akademie der Wissenschaften, dass nach einer neuen Studie in 50 Jahren voraussichtlich 3,5 Mrd. Menschen in Gebieten leben würden, in der die Jahresdurchschnittstemperatur mehr als 29 Grad Celsius betragen würde (und damit außerhalb der klimatischen Nische, die der Mensch seit mindestens 6000 Jahren bewohnt).²⁴ ²⁵ Kaum vorstellbar, welche Fluchtbewegungen dies auslösen würde.

Beispiel Einschränkung von Grundrechten: Im Zusammenhang mit der Corona-Krise werden Freiheitsrechte, insbesondere das Recht auf Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit und der freien Berufsausübung drastisch eingeschränkt, um die Ausbreitung des Virus zu bekämpfen – dabei ist die Datenlage für die Effektivität solcher Maßnahmen dünn.

14 Robert-Koch-Institut: Schätzung der Zahl hitzebedingter Sterbefälle und Betrachtung der Exzess-Mortalität; Berlin und Hessen, Sommer 2018. Epidemiologisches Bulletin Nr. 23 vom 6. Juni 2019.

15 Das RKI begründet, warum nur für Berlin und Hessen Zahlen vorliegen, folgendermaßen: Ein zeitnahes Monitoring der Daten zur Sterblichkeit existiert für Gesamtdeutschland nicht, ist aber in den Bundesländern Berlin und Hessen etabliert.

16 Eigene Berechnung

17 <https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie>

18 <https://www.sueddeutsche.de/politik/klima-temperatur-bericht-1.4698326>

19 https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/20-2-01e%20Global%20Climate%20Risk%20Index%202020_13.pdf

20 Regionale Klimaanalyse Südlicher Oberrhein (REKLISO)

21 <https://advances.sciencemag.org/content/5/6/eaau4373>

22 <https://www.tagesspiegel.de/wissen/heisse-sommer-konsequenter-klimaschutz-koennte-zahl-der-hitzetoten-begrenzen/24425456.html>

23 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/112548/Ein-Drittel-der-Weltbevoelkerung-koennte-2070-unter-grosser-Hitze-leiden>

24 <https://www.pnas.org/content/early/2020/04/28/1910114117>

25 Hitze verbrennt Lebensraum. Die Klimakrise könnte bis 2070 ein Fünftel der Erdoberfläche unbewohnbar machen – Milliarden Menschen wären betroffen. Frankfurter Rundschau, 9.5.2020

Seit Jahren wird über die Einführung eines generellen Tempolimits auf den deutschen Autobahnen gestritten. Ein Überblick über die ausgetauschten Argumente zeigt, dass unstrittig ist, dass ein Tempolimit einen Rückgang der Treibhausgasemissionen zur Folge haben würde, strittig ist lediglich die Größenordnung. Das Öko-Institut Freiburg kommt in einer Untersuchung für die Agora-Verkehrswende zu dem Ergebnis, dass Einsparungen von bis zu 3,5 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr möglich seien.²⁶ Zudem würde es weniger Tote und Verletzte geben.²⁷ Trotz dieser wissenschaftlichen Fakten wird diese leicht umsetzbare und unmittelbar wirksame Maßnahme immer wieder insbesondere mit dem Argument verhindert, die Freiheitsrechte einer Minderheit mit hoher Geschwindigkeit fahrenden Autofahrer*innen würden dadurch zu sehr eingeschränkt.²⁸

Beispiel Kosten der Krisenbewältigung: Die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise wird für den deutschen Staat und die Wirtschaft kurzfristig sicherlich weit über eine Billion Euro an Kosten verursachen und die notwendigen Mittel wurden in atemberaubender Geschwindigkeit bereitgestellt.

Bisher wurden wirksame Klimaschutzmaßnahmen vor allem auch mit dem Hinweis auf die damit verbundenen hohen Kosten verhindert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat von den Instituten Prognos und Boston Consulting Group in einer Studie errechnen lassen, wie teuer die geforderten Klimaschutzmaßnahmen bis hin zu einer vollständigen Dekarbonisierung im Jahr 2050 Deutschland kommen würden.²⁹ Präsentiert wurde das Ergebnis in alarmistischer Weise zum Beispiel in der „Welt“ mit der Überschrift „Klimaschutz kostet uns 2.300.000.000.000 Euro“. BDI-Präsident Dieter Kempf habe bei der Präsentation des Gutachtens daher das Fazit gezogen, dass eine CO₂-Reduktion in Höhe von 95% bis 2050 aus seiner Sicht realistischerweise nicht gelingen könne. Erst gegen Ende des Artikels wird eingeräumt, dass den errechneten Ausgaben Einsparungen in Höhe von 1,34 Billionen Euro gegenüberzustellen seien, was zu tatsächlichen Kosten in Höhe von 960 Mrd. Euro führen würde. Auf das Jahr ab heute gerechnet seien dies rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Eine Zahl, die als Horrormeldung gedacht war, stellt sich – insbesondere vor dem Hintergrund der Ausgaben im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Krise – als Minibetrag heraus. Allein die Streichung umweltschädlicher Subventionen, die vom Umweltbundesamt für das Jahr 2012 auf 57 Mrd. Euro geschätzt wurden, würde nahezu den doppelten Betrag einbringen.³⁰

Geht der BDI immerhin noch davon aus, dass wirksamer Klimaschutz unter dem Strich noch Kosten verursachen werde, kommt die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) in dem ersten Global Renewables Outlook zu einem völlig anderen Ergebnis³¹: Hier eine Zusammenfassung aus der Frankfurter Rundschau:

„Für die weltweite Energiewende sind nach Berechnungen der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (Irena) Investitionen von 110 Billionen US-Dollar (101,06 Billionen Euro) bis 2050 notwendig – die aber ein Vielfaches dieser Summe einbringen. In der Mitteilung zum Global Renewables Outlook der Organisation heißt es, Investitionen in kohlenstoffarme Technologien könnten Einsparungen im Ausmaß des Achtfachen der Kosten bringen, wenn man Umwelt- und Gesundheitskosten berücksichtige. Der Umbau der Energiegewinnung könne das globale Bruttoinlandsprodukt bis 2050 um 98 Billionen US-Dollar zusätzlich steigern.“³²

26 https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2017/Klimaschutzszenarien/Agora_Verkehrswende_Klimaschutz_im_Verkehr_Massnahmen_zur_Erreichung_des_Sektorziels_2030.pdf, Seite 29

27 <https://www.spiegel.de/auto/aktuell/tempolimit-mit-130-km-h-sinken-die-unfallzahlen-drastisch-a-1249595.html>

28 https://m.focus.de/politik/videos/prinzip-der-freiheit-habe-sich-bewaehrt-verkehrsminister-scheuer-lehnt-tempolimit-als-ansatz-staendiger-gaengelung-weiter-ab_id_10238511.html

29 <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article172622880/BDI-Studie-Klimaschutz-kostet-uns-2-300-000-000-000-Euro.html>

30 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen#direkte-und-indirekte-subventionen>. In der Stellungnahme heißt es: Die Summe von 57 Milliarden Euro stellt somit lediglich eine Untergrenze der umweltschädlichen Subventionen dar.

31 <https://www.irena.org/publications/2020/Apr/Global-Renewables-Outlook-2020>

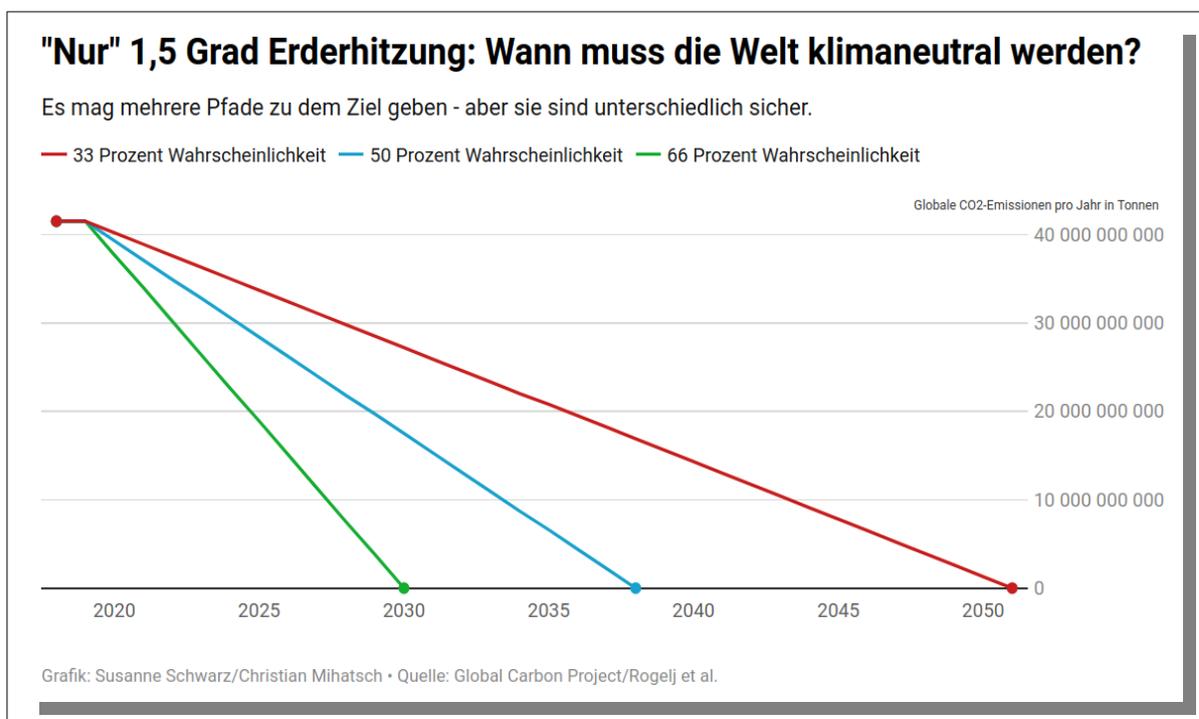
32 Frankfurter Rundschau, 21. April 2020

Unser Fazit

Berücksichtigt man also die Umwelt- und Gesundheitskosten, die in herkömmlichen Betrachtungen oftmals völlig außen vorgelassen werden, dann ist das Ausbremsen der Energiewende auch ökonomisch ein Desaster.

Angesichts der enormen Summen, die in den nächsten Monaten und Jahren investiert werden, ist es wichtig, die Weichen jetzt richtig zu stellen. Die sozialwissenschaftliche Theorie der Pfadabhängigkeit geht davon aus, dass sich eine einmal eingeschlagene Richtung gesellschaftlicher Entwicklung nur sehr schwer korrigieren lässt. In Krisensituationen öffnet sich jedoch eine Art Zeitfenster („critical junctures“) für grundlegende Reformen und damit für eine Pfadänderung.³³ Die Corona-Krise öffnet ein solches Zeitfenster, und sollte dieses jetzt nicht für einen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit genutzt werden, werden jene Strukturen für lange Zeit konserviert, die für die bereits angelaufene katastrophale Entwicklung verantwortlich sind.

Damit dieser notwendige Transformationsprozess gelingt, ist es daher von entscheidender Bedeutung, den Klimaschutz in die Programme zur Bekämpfung der Corona-Pandemie prominent einzubeziehen – dabei muss das sich schließende Zeitfenster beachtet werden. Um noch mit akzeptabler Si-



cherheit (= 2/3 Wahrscheinlichkeit) das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, muss bis 2030 Klimaneutralität erreicht werden (siehe vorhergehende Abbildung).³⁴

Die milliardenschweren Geld- und Kreditprogramme müssen an Anreize und Auflagen geknüpft werden, damit die Mittel in kurzfristig auf ihre Effektivität hin überprüfbare Klimaschutzmaßnahmen fließen. Unter den Unternehmen, die unter dem Shutdown besonders leiden, sind auch genau die Verschmutzer, die das Klima anheizen und für die Umweltzerstörung Teil ihres Geschäftsmodells ist. Warum sollten ausgerechnet diese Unternehmen ohne Auflagen gefördert werden, wenn gleichzeitig zum Beispiel die Beschäftigungschancen einer forcierten Energiewende nicht genutzt werden?³⁵ Des-

³³ Hans-Jürgen Urban: Vorwärts aus der Sackgasse. Frankfurter Rundschau, 18.04.2020

³⁴ <https://www.klimareporter.de/erdsystem/klimaneutralitaet-kommt-2050-zwei-jahrzehnte-zu-spaet>

³⁵ Wie absurd die Weichenstellungen der Politik mitunter sind, kann am Beispiel „Arbeitsplatzargument“ aufgezeigt werden. In der deutschen Braunkohleindustrie geht es um ca. 20.000 Arbeitsplätze, die bei einem schnellen Kohleausstieg unter dem Strich wegfallen würden. Um diese Arbeitsplätze zu sichern, wird der Koh-

halb müssen alle öffentlichen Gelder an 1,5-Grad-kompatible Standards geknüpft werden. Diese Position wird auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem neuesten Gutachten vertreten:

„Der wirtschaftliche Neustart nach der Corona-Pandemie sollte dazu genutzt werden, die Weichen in Richtung ökologischer Transformation zu stellen. Die enormen Mittel, die für die konjunkturelle Wiederbelebung eingesetzt werden, müssen konsequent an den Zielen der Klimaneutralität und des Umweltschutzes ausgerichtet werden.“³⁶

Selbst 150 der weltweit führenden internationalen Unternehmen appellieren inzwischen unter dem Dach der Vereinten Nationen an die Regierungen, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten und „ihre COVID-19-Wirtschaftshilfe- und Wiederaufbaubemühungen an die neuesten Erkenntnisse der Klimawissenschaft anzupassen.“³⁷

Dass dies langfristig auch im Interesse der Kapitalanleger sein muss, darauf macht die Stiftung „2Grad“ in ihrem Grundsatzpapier aufmerksam: „Um Vermögensverluste und strategische Fehlplanungen zu vermeiden, müssen Politik, institutionelle Anleger und Unternehmen bei der Planung ihrer Investitionen die Risiken einer wahrscheinlichen „CO₂-Blase“ berücksichtigen.“³⁸ Das bedeutet, dass Investitionen in alte Techniken, die auf dem „fossilen“ Produktions- und Konsummodell beruhen, mittel- und langfristig zu „gestrandeten Investitionen“³⁹ werden, die auch im Hinblick auf die drastisch fallenden Kosten der regenerativen Energien in naher Zukunft abgeschrieben werden müssen.

Aktuell besteht die Gefahr, dass der derzeit weltweite Rückgang der CO₂-Emissionen zum Anlass genommen wird, Klimaschutzmaßnahmen mit dem Verweis auf die reduzierten Emissionen zu verschieben. Dass es aber zu einem grundlegenden Transformationsprozess kommen muss und kleinere Korrekturen nicht ausreichen werden, zeigen die folgenden Zahlen: Die Internationale Energieagentur (IEA) geht davon aus, dass die Kohlendioxid-Emissionen aus fossiler Verbrennung wegen der Corona-Krise in 2020 um 8 % niedriger liegen werden als 2019. Der Weltklimarat IPCC hat 2019 in einem Report festgestellt, dass der globale CO₂-Ausstoß im Schnitt um 7,6 Prozent pro Jahr sinken muss, um das 1,5-Grad-Erwärmungslimit des Paris-Klimavertrages zu halten.⁴⁰ Die Vorstellung, dass der Rückgang der Emissionen aufgrund der Pandemie zu einer wesentlichen Entspannung beim Klimawandel führen würde, ist angesichts dieser Zahlen abwegig.⁴¹ Es ist vielmehr damit zu rechnen, dass die Emissionen, wie nach der Finanzkrise 2008, nach dem wirtschaftlichen Einbruch in einem Aufholprozess wieder stark ansteigen werden.

Bezogen auf den deutschen Anteil am Ausstoß klimawirksamer Emissionen ist die Situation noch dramatischer: Legt man den deutschen Anteil an der Weltbevölkerung zugrunde und vernachlässigt die historischen Emissionen, beträgt laut aktueller Analyse des Sachverständigenrats für Umweltfragen das ab 2020 verbleibende CO₂-Budget für Deutschland (wenn mit einer 50%igen Wahrscheinlichkeit die Erderwärmung auf 1,5 °C begrenzt werden soll) 4,2 Gigatonnen CO₂ ab 2020. Bei gleichbleibenden Emissionen wäre dieses Budget bereits 2029 aufgebraucht.⁴²

leausstieg auf das Jahr 2038 verschoben und trotzdem erhält die Industrie 4 Mrd. Euro (oder 200.000 Euro pro Arbeitsplatz) Entschädigungszahlung. Demgegenüber hat die Kürzung der Solarförderung innerhalb kürzester Zeit ca. 80.000 Arbeitsplätze vernichtet. Vgl. Kathrin Hartmann: Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen. München 2020. Seite 36 f.

36 Presseerklärung des Sachverständigenrat für Umweltfragen vom 14.05.2020

37 <https://unglobalcompact.org/news/4535-05-18-2020>

38 https://www.stiftung2grad.de/wp-content/uploads/2016/10/150212_2grad_grundsatzpapier_de-3.pdf

39 Jeremy Rifkin: Der globale Green New Deal. Frankfurt 2019

40 CO₂-Rekord trotz Lockdown. Frankfurter Rundschau, 14.05.2020

41 Dass die Corona-Krise auch negative Auswirkungen auf die Klimaentwicklung haben kann zeigt eine aktuelle Untersuchung der Umweltstiftung WWF. Sie hat ergeben, dass im März dieses Jahres die Waldzerstörung in 18 untersuchten Ländern gegenüber den Vorjahren um bis zu 150 % zugenommen hat, u.a. weil Umweltorganisationen und staatliche Institutionen sich aus dem Waldschutz zurückgezogen hätten. Vgl. Corona ist die Axt im Wald. Frankfurter Rundschau, 23.05.2020

42 Sachverständigenrat für Umweltfragen: Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. Mai 2020

Die Menschen in den armen Ländern im globalen Süden sind den Folgen der Corona-Pandemie angesichts völlig defizitärer Gesundheitssysteme und persönlicher Armut besonders schutzlos ausgeliefert. Gleichzeitig leiden sie aber auch unter den Folgen des Klimawandels viel stärker. Aktuell gefährden zum Beispiel riesige Heuschreckenschwärme in Ostafrika die Nahrungsmittelversorgung von Millionen Menschen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Bildung dieser Schwärme durch den Klimawandel gefördert wird.⁴³ Dabei gehen laut Weltklimarat IPCC 80 % der weltweiten CO₂-Emissionen auf das Konto der 20 größten Industrie- und Schwellenländer. Unser klimaschädlicher Lebensstil bedroht also nicht nur uns selbst, sondern in viel größerem Maße die Menschen des globalen Südens.⁴⁴ Auch aus moralischen Gründen ist es daher geboten, die Klimaschutzanstrengungen in den reichen Ländern zu forcieren.⁴⁵

Die Klimaökonomin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Claudia Kemfert sagte jüngst über die Krisen-Ähnlichkeiten⁴⁶: „Die Wissenschaft hat vor Pandemien lange gewarnt. Auch vor dem Klimawandel warnt die Wissenschaft schon seit über vierzig Jahren. Heute merken wir, dass sich diese Szenarien bewahrheiten. Wir müssen heute handeln, um die Katastrophen von morgen und übermorgen zu verhindern. Je stärker wir die Infektionsmöglichkeiten begrenzen und je früher wir die Emissionen senken, desto länger haben wir Zeit. Auch beim Klimaschutz geht es um „Flatten The Curve“ – also die CO₂-Emissionen nicht so sehr ansteigen zu lassen, dass die Erde sich über das verkräftbare Maß hinaus erwärmt.“

Ansprechpartner:

Klimabündnis Rastatt; c/o Dr. Erwin Gross, E-Mail: info@klimabuendnis-rastatt.de

Weiterführende Informationen: www.klimabuendnis-rastatt.de

Kuppenheim4Future; c/o Niklas Schurig, E-Mail: kuppenheim4future@mailbox.org

Weiterführende Informationen: www.kuppenhheim4future.de

⁴³ Frankfurter Rundschau, 5.5.2020

⁴⁴ Siehe auch Oxfam: Die reichsten 10 % verursachen die Hälfte der Treibhausgase. Pressemitteilung vom 2.12.2015

⁴⁵ Oxfam schreibt in der Studie, dass die reichsten 1 % der Weltbevölkerung einen durchschnittlich 175mal größeren ökologischen Fußabdruck haben, als die 10 % der Ärmsten. Vgl. <https://www.oxfam.de/system/files/oxfam-extreme-carbon-inequality-20151202-engl.pdf>

⁴⁶ https://www.pt-magazin.de/de/wirtschaft/unternehmen/corona-und-klima_k9y3dfwz.html?s=cFO1JZ-jY6YPekG18wc